Calwer Tagblatt

Nr. 100. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 60 Pfg. Reklamen Mk. 2.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Montag, 2. Mai 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Ergebnis der Londoner Verhandlungen: Ein neues Ultimatum.

Die französischen Forderungen.

Paris, 1. Mai. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus London: Briand hatte in den ersten Vormittagsstunden eine lange Unterredung mit Doumer, Loucheur und Berthelot, sowie mit Jaspar und Theunies. Um 10.30 Uhr traf sich Briand dann mit Lloyd George, während die Sachverständigen ihre Besprechungen wieder aufnahmen. Auch sonst fanden noch private Unterredungen zwischen den verschiedenen Vertretern der Verbandsregierungen vor Beginn der Sitzung des Obersten Rats statt. Diese Sitzung selbst wurde um 11 Uhr eröffnet, dauerte aber nur wenige Augenblicke, da die Arbeiten der Sachverständigen noch nicht zu Ende geführt waren. Es wurde daher vereinbart, daß eine neue Sitzung des Obersten Rats um 4 Uhr nachmittags stattfinden solle. Der private Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Vertretern der Verbandsregierungen dauerte daraufhin noch fort. Obwohl man im Verlaufe des Vormittag zu keiner greifbaren Lösung gekommen ist und die Sachverständigen ihre Arbeiten noch fortsetzen, ist doch der allgemeine Eindruck ein ganz wesentlich günstigerer. Bekanntlich hat sich Lloyd George in der gestrigen Sitzung des Obersten Rats für ein ziemlich kurzfristiges Ultimatum vor Beginn jeden Vorgehens im Ruhrgebiet ausgesprochen. Briand widersprach einem solchen Verfahren aufs entschiedenste. In der heute Vormittag stattgefundenen Besprechung legte Briand erneut die schweren Bedenken dar, die der Ausführung dieses Vorschlags entgegenständen. Lloyd George seinerseits erklärte: „Wir sind überzeugt, daß sämtliche Kreise der City wie auch die Arbeiterpartei gegen jedes Einschreiten der Verbandsregierungen in Westfalen sind, wie auch gegen die Zahl von 132 Milliarden Goldmark, die die Reparationskommission Deutschland als seine Schuldsumme mitgeteilt hat!" — Die beiden Ministerpräsidenten beharrten ein jeder auf seinem Standpunkt. Die französische Auffassung wurde heute Vormittag so deutlich wie möglich in folgender Form dargestellt: Da Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt hat, ist die Inkraftsetzung von Vergeltungsmaßnahmen gerechtfertigt und für die Verbandsregierungen geboten. Die französische Regierung muß infolgedessen alle hierfür notwendigen Maßnahmen ergreifen und vor allem die unverzügliche Mobilmachung der hierzu notwendigen Mannschaftsbestände beschließen. Falls während dieser Vorbereitungszeit, die unentbehrlich ist, Deutschland erneut den Versuch machen sollte, zu einer Beilegung zu kommen, so wird die französische Regierung nichts dagegen haben, daß die Frage einer neuen Erwägung unterzogen wird. Vorbedingung hierfür ist jedoch, daß Deutschland die Bedingungen der Verbandsregierungen in vollem Maße annimmt, ohne jeden Vorbehalt und mit den etwaigen Bürgschaften. Deutschland müßte also 1. unverzüglich seine Entwaffnung unter Aufsicht der Verbandsregierungen durchführen, 2. die von der Reparationskommission festgesetzte Zahl von 132 Milliarden Goldmark annehmen, 3. im Voraus seine Einwilligung zu den Zahlungsbedingungen geben, welche die Reparationskommission zur Begleichung seiner Schuld festsetzen wird, 4. **in aller Form seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkennen als Grundlage für die ihm auferlegten Friedensbedingungen**, 5. seine Unterschrift geben unter die im voraus von den Verbandsregierungen festgesetzten Sicherheiten wie z. B. sofortige Zahlung von einer Milliarde Goldmark, Unteraufsichtstellung der Zölle, Schaffung einer interalliierten Kommission für den deutschen Schuldendienst usw. Gerade um diese ganze Kette von Sicherheiten auszuarbeiten, dauern die Besprechungen der Sachverständigen fort. Der Oberste Rat wird heute Abend seine Entscheidung treffen. Sollte diese wider Erwarten den Wünschen der französischen Abordnung nicht entsprechen, so hat Briand bereits gestern erklärt, daß er nicht zögern würde, seine vollkommene Handlungsfreiheit wieder zu nehmen. Auf jeden Fall wird die Einberufung des Jahrgangs 1919 noch heute Abend nach Schluß der Sitzung des Obersten Rats von Briand geregelt werden.

Daß wir trotz aller gegenteiligen Beweise die Schuld am Kriege durch Unterschrift auf uns nehmen sollen, das ist das Gemeinste, was je von einem besiegten Volke gefordert wurde, und ist nur noch vergleichbar mit den Methoden der Inquisition des schwärzesten Mittelalters. Wir sind aber überzeugt, daß dieser tolle Siegerübermut der Franzosen auch einmal seine Grenzen finden wird.

Havas und Reuter über das bevorstehende neue Ultimatum.

London, 1. Mai. Das Reutersche Bureau meldet, daß die Sachverständigen der Alliierten mit Bestimmtheit darauf rechneten, zu einem Abkommen zu gelangen, durch das die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beigelegt werden. Anstatt daß die Alliierten sofort ins Ruhrgebiet einmarschieren, soll Deutschland ein kurzfristiges Ultimatum gestellt werden, nach dessen Ablauf die Zwangsmaßnahmen in Kraft treten sollen, wenn Deutschland sich ablehnend verhält.

Paris, 2. Mai. In einem Bericht des Sonderberichterstatters von Havas aus London heißt es mit Bezug auf die Vorschläge Jaspars, in französischen Kreisen erkläre man sich befriedigt von der angebahnten Lösung, da diese die Zusammenarbeit der Verbandsregierungen weiterhin sichern würde. Wenn die vorgeschlagene Lösung angenommen werde, so **werde Frankreich bereits heute alle nötigen Maßnahmen zur Vorbereitung des militärischen und wirtschaftlichen Vorgehens im Ruhrgebiet treffen können.** Die französische Regierung werde nicht eine überraschende Besetzung Essens durch Kavallerie vornehmen. Die militärischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß 12—15 Tage notwendig sind, um die Maßnahmen zur Lösung mit allen wünschenswerten Vorkehrungen durchzuführen. Während der Frist, welche die Einberufung und die Zusammenziehung der Besatzungstruppen nötig macht, wird Deutschland spätestens in den nächsten 4 Tagen von der Reparationskommission eine amtliche Zustellung der Zahlungsweise für die 132 Milliarden Goldmark erhalten, die es für Wiedergutmachungszwecke schuldet. Der Gesamtbetrag dieser Schuld sei Deutschland ja bereits von der Reparationskommission mitgeteilt worden. Deutschland werde außerdem aufgefordert werden, die Entwaffnung unter Aufsicht einer interalliierten Kommission zu Ende zu führen. **Zur vorbehaltlosen Annahme dieser Bedingungen werde Deutschland eine Frist von 4—5 Tagen gelassen werden.** Wenn nach Ablauf dieser Frist die Reichsregierung bei ihrem schlechten Willen beharren sollte, so werde die Besetzung des Ruhrgebiets, für die inzwischen alle Maßnahmen vorbereitet seien, automatisch in Kraft treten. — So lautete der gestern Abend vorgesehene Entwurf in seiner Gesamtheit. Bevor Briand sich gestern Nachmittag zu der Sitzung des Obersten Rats begab, hat er Vertretern der französischen Presse folgendes erklärt: Ich bin fest entschlossen, zu fordern, daß heute noch neue Zangsmaßnahmen beginnen sollen. Das soll heißen, daß noch heute Abend die notwendige Mobilmachung beginnt. Wenn die Deutschen in den 8 Tagen, welche zur Durchführung der von uns vorgesehenen Maßnahmen unentbehrlich sind, neue Vorschläge machen werden, dann müssen wir sehen, ob Veranlassung vorliegt, sie anzunehmen. Wohlverstanden, unter dem Ausdruck „Vorschläge" verstehe ich vor allem eine **strikte, vorbehaltslose Anerkennung der von der Reparationskommission festgesetzten Zahlen, sowie die Annahme der Zahlungsbedingungen, die noch bestimmt werden müssen.** Um aber selbst in diesem Fall zur Annahme zu gelangen, müssen diese deutschen Vorschläge auf solche Weise sichergestellt sein, daß sie den Gläubigern Deutschlands befriedigend erscheinen können. Diese Sicherheiten sind verschiedener Art und betreffen vor allen Dingen die Schaffung einer Kommission für die deutsche Schuldenverwaltung, die Aufsicht über die Zölle, eine Abgabe auf die Ausfuhr usw. So ist die Lage heute. Ich habe mich einmal festgelegt und kann unmöglich anders handeln.

Paris, 2. Mai. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur meldet über die gestern Nachmittag um ½5 Uhr abgehaltene 2. Vollsitzung des Obersten Rats, sie habe nur eine Stunde gedauert und es sei ein ernster Fortschritt gemacht worden. Lloyd George habe mit Interesse einen Vermittlungsvorschlag des belgischen Ministers Jaspar angehört, dem er sich grundsätzlich angeschlossen habe. Da dieser Vorschlag jedoch den Beginn der Ausführung von Zwangsmaßnahmen in sich schließt und **Lloyd George von seinen Ministerkollegen das formelle Mandat erhalten hat, sich jeder Zwangsmaßnahme zu widersetzen, wenn nicht vorher ihre Ankündigung erfolgt**, so hat er geglaubt, sich aufs neue mit seinen Ministerkollegen beraten zu müssen. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur fügt hinzu, es sei wahrscheinlich, daß Lloyd George die Zustimmung seiner Ministerkollegen für den eingebrachten letzten Vorschlag erhalten werde. In diesem Fall könne Deutschland während der unerläßlichen Vorbereitungszeit für das französische Vorgehen im Ruhrgebiet die Bedingungen der Alliierten annehmen. Wenn es jedoch bei seiner intransigenten Haltung bleibe, dann werde England seinen militärischen und maritimen Beistand für die ins Auge gefaßten Maßnahmen der französischen und belgischen Truppen geben. Mehrere alliierte Minister sollen gestern Abend um ½7 Uhr den ins Auge gefaßten Plan beraten. Eine endgültige Entscheidung wird heute Vormittag getroffen werden.

London, 2. Mai. (Reuter.) Die Sachverständigen der Alliierten hatten noch kein Uebereinkommen erreicht, als der Oberste Rat gestern vormittag zusammentrat. Infolgedessen wurden die Beratungen bis nachmittags vertagt. Unterdessen erörterten die Sachverständigen die Vorschläge Jaspars, die bezwecken, die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten beizulegen. Anstatt vor Eröffnung von Verhandlungen mit den Deutschen sofort ins Ruhrgebiet einzumarschieren, würden danach die Alliierten Deutschland ihre Bedingungen überreichen, die auf Bezahlung der vom Reparationsausschuß festgesetzten Friedensverbindlichkeiten, nämlich 6600 Millionen Pfund Sterling, abzielen. Diese Bedingungen würden von einem kurzfristigen Ultimatum begleitet sein. Inzwischen würden die Alliierten die Zwangsmaßnahmen vorbereiten, um diese Bedingungen im Falle einer deutschen Ablehnung durchzusetzen. **Nach Ablauf des Ultimatums würden die Sanktionen unverzüglich in Kraft gesetzt werden.** Jaspars Vorschlag ermögliche es also Frankreich, seine Vorbereitungen für die Zwangsmaßnahmen fortzusetzen, für den Fall, daß Deutschland sich weigere, der Entwaffnung, den Reparationen und den Prozessen gegen die Kriegsverbrecher zuzustimmen. Außerdem habe der Vorschlag der britischen öffentlichen Meinung genügt, indem er Deutschland eine kurze Zeitspanne gewähre, um die Bedingungen der Alliierten anzunehmen und die notwendigen Bürgschaften zu stellen. Der Oberste Rat werde den Vorschlag Jaspars heute nachmittag prüfen. Bei dem gestrigen Meinungsaustausch verlautete, daß Lloyd George die Annahme des Vorschlags Jaspars nicht abgelehnt und zum Ausdruck gebracht habe, daß er die französischen und belgischen Bedingungen zur Lösung der Schwierigkeiten zu schätzen wisse. Er habe sich aber geweigert, vor einer Beratung mit dem Kabinett eine entgültige Antwort zu geben. Das Kabinett wünscht später, die Vorschläge zu erwägen, wenn sie aufgezeichnet seien. Ein aus Curzon, Briand, Sforza, Jaspar und Hayashi bestehender Redaktionsausschuß, der den Vorschlag Jaspar schriftlich festlegt, beriet gestern abend 1½ Stunden und vertagte sich dann auf heute vormittag, wo er dann seine Arbeiten abzuschließen hofft. — Die englische und französische Stimmungsmache arbeiten wirklich ausgezeichnet.

Erhöhung der Gesamtforderungen auf 270 Milliarden?

Paris, 1. April. Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune" erfahren hat, sollen die im Obersten Rat vertretenen Mächte die Zahlen der Reparationskommission, das zum Gesamtbetrag von **270 Milliarden**, als die neuen Reparationsforderungen angenommen und das Abkommen von Paris mit seinen 220 Milliarden fallen gelassen haben.

Die rechtswidrige Maiforderung von 12 Milliarden.

Paris, 1. Mai. (Havas.) Die Reparationskommission hat an die Kriegslastenkommission folgendes Schreiben gerichtet: Die Reparationskommission beehrt sich, der Kriegslastenkommission mitzuteilen, daß sie die Absicht hat, in aller Kürze eine Aufstellung der Zahlungen für die Schuldsumme fertigzustellen, welche den Betrag der Schäden darstellt, deren Reparation nach den Bestimmungen des Artikels 232 dies Versailler Vertrags Deutschland obliegt. Bis diese Aufstellung fertiggestellt ist und ohne ihr irgendwie vorzugreifen, teilt die Reparationskommission der Kriegslastenkommission mit, daß die deutsche Regierung den Betrag von **12 Milliarden Goldmark schuldet**, der **am 1. Mai 1921 fällig ist.** — Bekanntlich steht Deutschland auf dem Standpunkt, daß die 20 Milliarden Goldmark, die bis zum 1. Mai nach dem Versailler Vertrag zu bezahlen sind, schon geleistet worden sind. Da aber die Entente unsere Sachleistungen bewertet, wie es ihr beliebt, so behauptet sie, wir hätten nur 8 Milliarden geleistet, also müssen wir nochmals 12 Milliarden bezahlen. So geht das ohne Ende weiter, bis wir wirtschaftlich erdrosselt sind.

Die Besetzungspläne.

Paris, 30. April. „Intransigant" glaubt zu wissen, daß der französische Plan für die Besetzung auf dem rechten Rheinufer sicher auf ein Gebiet von 100 Kilometer Länge und 40 Kilometer Breite erstrecke. Die bedeutendsten Städte, die in diese Zone fielen, seien Essen, Gelsenkirchen, Dortmund und Mülheim a. R.

Für die Besetzung des Ruhrgebiets farbige Truppen in Aussicht genommen.

Berlin, 30. April. Nach Mitteilung der „Germania" sind für die Besetzung des Ruhrgebiets **hauptsächlich farbige Truppen** in Aussicht genommen, die sich auf dem Transport von Marseille nach dem Rheinlande befinden. Es handelt sich um etwa 24 000 Mann, die bereits früher im Rheinland gestanden haben und unter denen die Marokaner und Algerier das Hauptkontingent stellen, sowie etwa 20 000 Mann, die von Cilicien her im Antransport sind und zum größten Teil aus Senegalnegern bestehen.

Der Ententedruck auf Bayern.

München, 30. April. Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" mitteilt, laufen seit zwei Monaten fortgesetzt aus der Richtung Metz-Straßburg durch die Pfalz in der Richtung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ludwigshafen—Worms und Darmstadt Truppenzüge, die mit Marokkanern, Senegalnegern, Madegassen und anderen Farbigen besetzt sind und nach Aussagen der französischen Offiziere **zum baldigen Einmarsch in das rechtsrheinische Bayern bei** Aschaffenburg bestimmt seien.

„Ernste" Einwendungen Amerikas gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen?

Paris, 1. Mai. Nach einem Kabelgramm der „Chicago Tribune" aus Washington soll die Regierung der Vereinigten Staaten dem Obersten Rat ernste Einwendungen gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland übermittelt und erklärt haben, daß sie ihre vermittelnde Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werden, wenn die Besetzung durchgeführt werde. — Das ist dasselbe Schwindelmanöver, wie es Amerika während des Krieges und der Friedensverhandlungen sowie mit der Hinauszögerung des Friedensschlusses getrieben hat.

Ausland.

Autonomie für Malta.

Malta, 30. April. Die feierliche Verkündigung der Autonomie der Insel Malta hat mit großem Gepränge und unter begeisterter Anteilnahme der Bevölkerung stattgefunden. — Das ist also ein englisches Zugeständnis an den italienischen Bundesgenossen, denn die Insel Malta besitzt eine italienische Bevölkerung.

Die Annahme d. Friedensschlusses mit Deutschland im amerikanischen Senat.

Washington, 30. April. Der Senat hat die Friedensentschließung des Senators Knox mit 49 gegen 23 Stimmen angenommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Entschließung befürwortete, kündigte an, daß wahrscheinlich ein Vertrag mit Deutschland folgen werde, sobald sie Gesetzeskraft erlangt habe.

Washington, 30. April. Wie das Reutersche Bureau über die Sitzung des Senats berichtet, in der die Entschließung des Senators Knox angenommen wurde, erklärten der Präsident und der Vertreter des Staatsdepartements, Senator Lodge habe es klar ausgesprochen, **daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, die Alliierten im Stich zu lassen.** — Das hätte man gar nicht erst betonen brauchen.

Washington, 1. Mai. (Havas.) Während der Debatte im Senat über den Antrag Knox erklärte der Republikaner Borah, daß der Friedensvertrag von Versailles nur das Ergebnis gehabt habe, Europa zu verarmen und bei den Völkern einen ständigen Revolutionszustand aufrecht zu erhalten. Der demokratische Führer Hitschock erwiderte, daß nur das Vorgehen Borahs und der Männer seiner Richtung daran schuld sei, wenn Amerika sich von dem Versailler Vertrag ausgeschlossen und dadurch jeden Einfluß auf die Weltpolitik verloren habe. — Das ist natürlich ausgesprochene Heuchelei, denn tatsächlich beherrscht Amerika doch die ganze Ententepolitik, allerdings mehr im geheimen, deshalb aber umso sicherer. Und diese Politik ist darauf gerichtet, Deutschland mit allen Mitteln am Boden zu halten.

Vermischtes.

Sparsamkeit in Deutsch-Oestreich.

Die Sparkommission hat eine Verminderung der Amtsautomobile beschlossen, deren Zahl auf über 200 gestiegen war, und die auf 65 reduziert werden soll. Die Amtsautomobile sollen noch durch einen besonderen Anstrich kenntlich gemacht werden, um einen Mißbrauch für Spazierfahrten oder die Benutzung durch weibliche Angehörige der Staatswürdenträger zu verhindern.

Marokkaner als Bolschewisten.

Einen Anschlag auf den Schnellzug München—Saarbrücken versuchten kürzlich marokkanische Soldaten bei Zweibrücken. Südlich dieser Stadt ist die Bahn in einem 1½ Klm. langen und bis zu 20 Meter tiefen Einschnitt herumgeführt; oberhalb dieses Einschnitts liegen die Kasernen, die früher von dem 22. bayrischen Infanterie-Regiment und jetzt von einem marokkanischen Schützenregiment belegt sind. In der letzten Zeit wurden von Bahnbeamten auf den Schienen dieses Einschnittes wiederholt Steine und Felsblöcke gefunden, die nur absichtlich dahin gelegt sein konnten. An einem Abend bemerkte nun ein Streckenwärter, wie marokkanische Soldaten damit beschäftigt waren, einen Baumstamm quer über die Schienen zu legen; es war kurz, ehe der Schnellzug die Strecke passieren sollte. Dem hinzueilenden Bahnwärter gelang es noch, das Hindernis zu beseitigen und dadurch ein gräßliches Unglück zu verhüten. Die Täter waren aber mittlerweile entkommen. Nur bolschewistische Lust am Zerstören oder der Haß gegen die Franzosen kann den Marokkanern dieses Attentat eingegeben haben; denn der Schnellzug, der in Saarbrücken Anschlüsse nach Metz und Paris hat, ist in der Regel stark von französischem Militär und Zivilisten besetzt. Wie Marokkaner, die etwas deutsch sprechen, offen erklärten, haben sie gegen die Franzosen einen mindestens ebenso großen Haß wie gegen die Deutschen. Sie bezeichnen sich stolz als Araber, die eine weit edlere Rasse seien wie die Franzosen und dereinst mit Türken und Russen die Franzosen aus Afrika und Kleinasien hinauswerfen würden. Ein Ausfluß dieses Hasses mag das versuchte Attentat gewesen sein, von dem insbesondere die Rekruten beseelt sind, die das Regiment kürzlich direkt aus Nordafrika erhalten hat. Diese Rekruten, die, wie man hört, in Afrika nur 6 Monate ausgebildet sind, zeigen eine unbändige Wildheit, die sich auch gegen die männliche Zivilbevölkerung gekehrt hat.

Deutschland.

Berliner Maifeier.

Berlin, 1. Mai. Die Maifeiern in Berlin haben bei starker Beteiligung einen ruhigen Verlauf genommen. Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es nur vor einem Versammlungslokal im Norden Berlins, wo mehrere Hundert Personen den Passantenverkehr vollständig verhinderten. Als die Schutzpolizei die Menge aufforderte, den Bürgersteig freizumachen, drang diese sofort auf die Beamten ein, wobei ein Wachtmeister hinterrücks durch einen Messerstich erheblich verletzt wurde. In der Notwehr mußte der Beamte von seiner Schußwaffe Gebrauch und verwundete 2 der Angreifer, davon einen schwer.

Amerikanische Milchkühe.

Bremen, 2. Mai. „Bösmans Telegr. Büro" meldet, daß gestern mittag der Dampfer „West-Arrow" dem zweiten Transport von 718 amerikanischen Milchkühen und 70 Kälbern wohlbehalten in Bremen angekommen ist.

Wieder ein großer Waldbrand.

Berlin, 30. April. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Bochum, daß zwischen Dorsten und Krichhellen ein riesiger Waldbrand ausgebrochen ist. Drei Gehöfte, die inmitten des Waldbrandes liegen, gelten als verloren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Mai 1921.

Dienstnachricht.

Zum Steuerbetriebsassistent wurde der Kanzleidiätar Lais beim Finanzamt Hirsau ernannt.

Dienstprüfung.

Die 1. Dienstprüfung für realistische Lehrstellen an höheren Schulanstanden: Otto Kübler, Sohn des verstorbenen Hauptlehrers Friedrich Kübler hier.

Ergebnis der Eisenbahnassistentenprüfung.

Bei der Eisenbahnassistentenprüfung wurde u. a. Karl Dangelmaier von Calw für befähigt erkannt.

Konzert.

Man schreibt uns: Am Dienstag, den 10. Mai, wird im Dreißschen Saal Frl. Gertrud Barth, unsere einheimische Sängerin, einen Liederabend geben. In allererster Kunstschule, bei Frl. Meta Diestel in Stuttgart ausgebildet, hat sie schon da und dort in Calw Proben ihres Könnens und ihrer Stimmkultur gegeben. Nun wird sie sich auf ihrem eigentlichen Gebiet, im deutschen Lied, hören lassen und aus dem reichen Schatz unserer Liederkönige Schubert, Schumann, Brahms, Wolf eine kostbare Auswahl vorführen. Die Person der Künstlerin wie die einheitliche Gestaltung ihrer Vortragsfolge versprechen einen anregenden und künstlerisch wertvollen Abend.

Standesamtliche Nachrichten der Stadt Calw.

Geburten: Am 4. April: Max, Sohn des Karl Wörner, Färbers; 5. April: Hans Georg, Sohn des Georg Rothacker, Fuhrmann; 10. April: Emmy, Tochter des Adolf Giebenrath, Küfermeister; 13. April: Karl Gustav, Sohn des Friedrich Strienz, Obersteuersekretär; 13. April: Hans Joachim, Sohn des Karl Reichmann, Apothekers; 14. April: Else Johanna, Tochter des Albrecht Foernzler, Kaufmanns; 21. April: Marie Elisabethe, Tochter des Emil Schühle, Schneiders; 24. April: Wilhelm Peter Karl, Sohn des Wilhelm Lehner, Hauptlehrers; 26. April: Ruth Else, Tochter des Friedr. Großmann, Zigarrenmachers; 28. April: Walter Otto Heinrich, Sohn des Otto Langenbacher, Lokomotivheizers.

Eheschließungen: 9. April: Heinrich Schaible, Bahnarbeiter, mit Friederike Feihle; 25. April: Erich Zeller, Verwalter, mit Stefani Haug; 29. April: Martin Kirchherr, Goldarbeiter, mit Dorothea Pfrommer.

Sterbefälle: 2. April: Christine Britsch, Witwe, 43 J. a.; 4. April: Anna Wolf, Tochter des Taglöhners Joh. Wolf in Zwerenberg, 5 J. a. (Bez.-Krkh.); 5. April: Joh. Georg Kohler, Schneider, 78 J. a.; 5. April: Waldemar Sickler, Sohn des Maximilian Sickler, Buchbindermeister, 1 J. a.; 8. April: Katharine Vögele, Fuhrmanns-Witwe, 41 J. a.; 14. April: Elisabethe Schulz, Ehefrau des Maurers Schulz, 73 J. a.; 17. April: Christof Jäger, Lackier, 68 J. a.; 19. April: Luise Glock, Steinhauers Witwe, 76 J. a.; 20. April: Marie Haehr, Tochter des Holzhauers Haehr in Warth, 26 J. a. (Bez.-Krkh.); 21. April: Friedrich Kleinbub, Tierarzt, 75 J. a.; 21. April: Martha Zeiher, ledig, Tochter des Kameralamtsdieners a. D. Gustav Zeiher in Hirsau, 30 J. a.

Württembergische Ausstellung über Inhalt und Wirkung des Friedensvertrags.

Die sachliche Aufklärung über den Vertrag von Versailles gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die in der Oeffentlichkeit zu leisten sind. In Ergänzung der durch Broschüren und Vorträge begonnenen Aufklärungsarbeit soll eine Ausstellung über den Inhalt des Friedensvertrags eingerichtet werden, die durch möglichst viele Städte und Ortschaften Württembergs wandern wird. Die Ausstellung soll anfangs Juni eröffnet werden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Durchgreifende Neuvermarkung landwirtschaftlich benützter Grundstücke.

Die Schultheißenämter derjenigen Gemeinden, in welchen im abgelaufenen Kalenderjahr 1920 **Grenzberichtigungen landwirtschaftlich benützter Grundstücke** im Gesamtmeßgehalt von mindestens 1 Hektar (gleichviel ob sich das in Frage kommende Gewand für die Durchführung einer Vereinigung geeignet hätte, oder nicht) beschlossen oder ausgeführt worden sind, wollen bis spätestens 1. Juli ds. Js. berichten, ob und zutreffendenfalls wann der Zentralstelle für die Landwirtschaft eine Anzeige im Sinne des § 34 Abs. 5 der Minister.-Verf. vom 1. 9. 1899 vorgelegt worden ist, wie groß die neuvermarkten oder für eine Neuvermarkung in Aussicht genommenen Flächen sind, welche Kosten auf das Hektar der schon vollzogenen Vermarkungsergänzungen erwachsen sind und wer für diese Kosten aufzukommen hatte.

Fehlanzeigen sind nicht erforderlich.

Calw, den 26. April 1921. Oberamt: Gös.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Neubulach ist erloschen. Damit ist der Bezirk Calw wieder seuchenfrei.

Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Calw, den 29. April 1921. Oberamt: Gös.

Aufruf der württ. Frauengruppen.

Die Frauengruppen der Bürgerpartei, der Deutschen demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Angesichts der neuen ungeheuren Vergewaltigung durch unsere Feinde gibt es nur eine Notwehr, eine Gegenmaßregel, die größtenteils in die Hände der Frauen gelegt ist: Der Verzicht auf englische, französische und belgische Waren. Wir fordern alle Frauen auf, keine Waren zu kaufen, die aus diesen Ländern stammen und in den Läden stets nach der Herkunft zu fragen. Wir erwarten von der Einsicht unserer Frauen, daß sie dieses wahrlich nicht große Opfer als den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes dienend, gerne bringen.

Vom evangelischen Pfarrverein.

Auf der Hauptversammlung des evang. Pfarrvereins hielt der Kirchenrechtslehrer der Landesuniversität, Professor Dr. A. Schmid, einen Vortrag über die Neugestaltung der Kirchengemeinde und der Diözesanverbandsordnung. Er schlug vor, den Kirchengemeinden mehr Befugnisse zu geben und ihre Mitgliederzahl zu vermehren, ferner einen Diözesanverband zu schaffen, der mit eigenem Vermögen, eigener Verwaltung und mit der Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ausgestattet sein soll, der auch bei der Besetzung der Dekanatsstellen sich zu äußern hätte. Ein Antrag von Stadtpfarrer Schnizer-Mergentheim auf Einführung der Wahl des Dekans durch den Bezirkskirchentag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. An den Landtag soll eine Eingabe gerichtet werden wegen der Besoldungsfrage. Die Pfarrer wünschen, solange ihre Besoldung vom Staat gereicht wird, nicht schlechter gestellt zu werden als die Beamten. Ein Drittel der Pfarrstellen soll als Vorrückungsstellen in eine höhere Klasse eingereiht werden.

Kirchensteuer.

Durch eine Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens wird über die Umlagen der evangelischen Kirchen- und der katholischen Pfarrgemeinden für 1921 bestimmt, daß es nicht beanstandet wird, wenn kirchliche Gemeinden, deren Mitglieder durchweg oder mit wenigen Ausnahmen Landwirtschaft betreiben, heuer nochmals wie 1920 die Staatssteuern des Rechnungsjahres 1919 als Umlagemaßstab wählen. In den übrigen Gemeinden wird mit der endgültigen Festsetzung des Umlagemaßstabs und der Steuerschuldigkeiten der Kirchen- und Pfarrgemeindegenossen bis zum Ende des laufenden Kalenderjahrs zuzuwarten sein, da die erstmalige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer erst in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1921 durchgeführt wird. Die Kirchengemeinde- und Kirchenstiftungsräte können jedoch beschließen, daß auf 1. August und 1. November je ein Drittel der für 1920 erhobenen Kirchensteuern geleistet werden muß.

Gemeindetag und Wohnungsbau.

Der Gesamtvorstand des württ. Gemeindetags hat sich kürzlich mit der Frage der Förderung des Wohnungsbaus befaßt. Er war einmütig der Ansicht, daß mit Hilfe der bisherigen öffentlichen Maßnahmen auf dem Wohnungsmarkt befriedigende Verhältnisse nicht herbeigeführt werden. **Eine dauernde Beseitigung der drückenden Wohnungsnot sei nur von einer stärkeren Betätigung des privaten Baukapitals zu erwarten.** Es sollen deshalb Mittel und Wege gefunden werden, die eine Rentabilität des Baukapitals gewährleisten. Die gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues sollen rascher und zweckmäßiger durchgeführt werden als dies bisher geschah. Die weitere Hinausrückung der Erhebung von Zuschlägen auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. 2. 1921 bedeute eine Verzögerung der Bautätigkeit. Von der einschlägigen Gesetzgebung müsse mehr Stetigkeit und Zuverlässigkeit gefordert werden. Eine **Abwanderung von Stadtbewohnern auf das Land müsse angestrebt werden.** Nur so könne die Wohnungsnot allmählich beseitigt werden. Dieses Ziel sei durch bevorzugte Förderung des Wohnungsbaus auf dem Lande zu erreichen. Auch das Reichsgesetz vom 12. 2. 21 trage diesem Rechnung insofern, als bei Wohnungsbauten auf dem Lande auf das Gemeindedarlehen bis zur Hälfte, unter gewissen Voraussetzungen auch ganz verzichtet und das Landesdarlehen entsprechend erhöht werden kann. Beklagt wurde vom Vorstand des Gemeindetags die Zurückhaltung des Staats beim Einbau von Not- und Dauerwohnungen in vorhandene Staatsgebäude. Es wurde Klage geführt, daß Reich und Staat der Forderung auf Errichtung neuer Dienstwohngebäude den hartnäckigsten Widerstand entgegenbringen und daß die Wohnungsnot auf dieses Verhalten in einer Reihe von Gemeinden zurückzuführen sei. Reich und Staat müßten die praktische Wohnungsfürsorge williger betreiben und die gesetzlichen Grundlagen für die Förderung des Wohnungsbaus rasch und endgültig herausbringen.

Regimentsfeier.

Die Angehörigen des R.-F.-A.-R. 54 veranstalten am Sonntag den 8. Mai in Ludwigsburg eine Zusammenkunft. Von nah und fern haben sich schon Hunderte ehemaliger 54er angemeldet, sodaß die Feier sicherlich recht wohl gelingen wird. Für den Vormittag ist eine Gedächtnisfeier um ¾11 Uhr auf dem Schloßhof vorgesehen, der Nachmittag vereinigt die Kameraden zu einem gemütlichen Beisammensein im Saalbau, während welchem neben musikalischen und komischen Vorträgen auch Lichtbilder vorgeführt werden. Die noch ausstehenden Anmeldungen sind zu richten an Otto Geldreich, Uhlandstr. 4, Ludwigsburg.

Einweihung des Tübinger Studentenheims.

(SCB.) **Tübingen**, 29. April. Am 25. April fand die feierliche Einweihung des neuen Studentenheims statt. Damit ist ein Schritt getan, der für unsere Landesuniversität von entscheidender Bedeutung ist. Die Tübinger Studentenschaft hat nun ein eigenes Heim, um das sie wohl manche andere Hochschule beneiden wird. Noch vor nicht ganz einem Jahr schien der Gedanke an den Erwerb eines eigenen Hauses zur Errichtung von Studentenküche und Studentenheim ein Luftschloß. Heute schon ist das Werk vollendet und der Verein Tübinger Studentenhilfe, in dem die Studenten in Verbindung mit Lehrern und Freunden der Hochschule sich die Aufgabe gestellt hat, der wirtschaftlichen Not der Studenten zu begegnen, konnten den Tübinger Studenten in dem früheren Hotel „Prinz Karl" in der Hafengasse ein neues Heim übergeben. In ihm werden Küche

tig nicht nur für mehr als 600 Studenten täglich Mittag- und Abendessen verabreicht werden, sondern die schönen Wirtschafts- und Gesellschaftsräume, Speisesaal, Lesezimmer, Unterhaltungsraum bieten auch tagsüber einen angenehmen Aufenthalt. Durch einen Rundgang überzeugten sich zahlreiche Gäste von den vorbildlichen Einrichtungen des Heims, durch die sich Stadtbaumeister Haug ein besonderes Verdienst erworben hat. Nachher fand in dem großen Speisesaal ein gemeinsames Abendessen statt, bei dem zunächst Professor Dr. Hegler, der Vorstand des Vereins Tübinger Studentenhilfe, unter warmen Worten des Dankes an alle, die an dem Werke mitgearbeitet haben, das neue Heim der Studentenschaft übergab und auf die großen Aufgaben hinwies, die auch weiterhin noch der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studenten gestellt sind. Aus der Rede des Vorsitzenden des Allgemeinen Studentenausschusses, Keidel, der das Heim im Namen der Studentenschaft übernahm, klang der feste Wille, durch harte ernste Arbeit sich dere Hilfe würdig zu zeigen und beizutragen zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Die Glückwünsche der Universität brachte der Rektor Professor Dr. Sartorius dar. An Stelle des dienstlich verhinderten Kultministers, der von Berlin aus ein Glückwunschtelegramm gesandt hatte, sprach Ministerialrat Dr. Buhl die Anerkennung der Staatsregierung für die in Tübingen geleistete Arbeit aus. Oberbürgermeister Haußer gab die Versicherung, daß die Stadt Tübingen der Selbsthilfearbeit der Studenten weitgehendstes Verständnis und warme Förderung entgegenbringe. Vertreter der Stuttgarter und Hohenheimer Hochschulen beglückwünschten die Tübinger Kommilitonen zu ihrem Ehrentag. Seitens der Tübinger Studenten wurde den Quäkern, die auch im kommenden Semester die Speisung an der Hochschule fortsetzen und bei der Feier durch drei Damen der Berliner Zentralleitung vertreten waren, für ihre aufopfernde, edle Unterstützung gedankt. Ein dichterischer Prolog und musikalische Darbietungen gaben dem Abend einen besonders festlichen Klang.

Nachspiel zum Röschlauprozeß.

Vor der Strafkammer in Karlsruhe stand die Schneiderin Jovita Möll aus Pforzheim, die Telegraphistin Klara Kopp aus Stuttgart und der Galvaniseur Richard Jaiser aus Bolnang bei Stuttgart wegen schweren Diebstahls. Zimmermann und Jaiser hatten zunächst nichts von einem Einbruch bei Röschlau wissen wollen, auf eifriges Zureden der beiden Mädchen erklärten sie sich aber schließlich zu der Tat bereit. Die Durchführung des Diebstahls gelang am 11. Dezember nicht, weil die Hausüre des Röschlauschen Hauses geschlossen war. Die Gesellschaft fuhr deshalb nach Stuttgart zurück und kam am 13. Dezember wieder nach Pforzheim. Die Rolle, die jeder einzelne durchzuführen hatte, wurde genau durchgesprochen. Zunächst gab Zimmermann den beiden Mädchen ein Stück Seife, damit sie einen Abdruck von dem Schlüsselloch der Tür der Wohnung Röschlaus machen sollten. Auf Grund dieses Abdruckes kauften sie dann in einem Pforzheimer Eisenwarengeschäft einen Schlüssel, den dann Zimmermann auf der Straße noch etwas zurecht feilte. Die Angeklagte Möll versuchte in der Verhandlung zu bestreiten, daß sie an der Herstellung des Abdruckes von dem Schlüsselloch beteiligt war. Die übrigen Angeklagten und der verurteilte Zimemrmann sagten jedoch bestimmt aus, daß die Möll daran beteiligt war. Wie bekannt, endigte das Unternehmen der Gesellschaft mit einem Mißerfolg, da Zimmermann bei seinem Diebstahl von Röschlau überrascht wurde, den er dann mißhandelte. Nach dem Diebstahl bei Röschlau besprachen die Mädchen mit ihren Freunden weitere verbrecherische Unternehmungen, die man durchführen könnte. So wollte man bei dem Kaufmann Rotschild in Pforzheim einen größeren Gelddiebstahl ausführen. Das Gericht verurteilte wegen schweren Diebstahls die Möll und die Kopp zu je 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, den Jaiser zu 1 Jahr Gefängnis. Den Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Das Gericht nahm an, daß keine Beihilfe, sondern Mittäterschaft vorliege. Zimmermann hat bekanntlich vom Schwurgericht 4 Jahre Gefängnis erhalten.

*

Liebenzell, 30. April. Oeffentliche Sitzung des Gemeinderats. Anwesend 13 Mitglieder. Die Belohnung des Feldhüters wird auf 300 M festgesetzt. Demselben wird zur Aufgabe gemacht, Sonntags auch die Gegend des Sportplatzes zu beaufsichtigen und ein Betreten der anliegenden Grundstücke unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. Hierauf wird Gottlieb Schwämmle mit 11 der abgegebenen Stimmen zum Feldhüter gewählt. — Um zu einem Neubau das staatliche Baudarlehen zu erhalten, wird das erforderliche Gemeindedarlehen mit allen gegen 1 Stimme genehmigt. — Anlieger der Uhland- und Hindenburgstraße, welche beim Straßenbau Gemeindeeigentum erhielten, haben pro qm 5 M zu bezahlen. — Hierauf schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Dachtel, 29. April. Der in weiten Kreisen bekannte Wagnermeister Fr. Faißler verunglückte beim Holzschneiden an der Kreissäge dadurch, daß ein Holzstück zurückschlug, wodurch er lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

(SCB.) **Weilderstadt**, 29. April. Der Wochenschweinemarkt war befahren mit 92 Stück Milchschweinen; bezahlt wurde für I. Qualität 410—450 M, II. Qualität 460—400 M. Bei reger Kauflust wurde der Markt rasch geräumt, Händlerschweine weniger begehrt.

(SCB.) **Stuttgart**, 29. April. In der Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag wurde angeregt, daß die Stadt bei der Regierung vorstellig werde, daß die Ausfuhr von Kirschen aus dem Lande unterbunden werde. Auswärtige Händler würden jetzt schon Lieferungsverträge abschließen, zumal infolge der Fröste die Kirschenernte voraussichtlich nur gering ausfallen werde. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die Obstbewirtschaftung völlig frei sei.

(SCB.) **Stuttgart**, 1. Mai. Zur Maifeier der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten versammelten sich die Teilnehmer, etwa 3000—4000 Personen, heute vormittag 10 Uhr auf dem Schloßplatz und seiner Umgebung und zogen geschlossen mit vielen Fahnen der gewerkschaftlichen Organisationen und Gesangvereine durch die Charlotten- und Hohenheimerstraße zum Freilichttheater. Nach dem Vortrag der Ouverture zu Robespierre durch den Musikverband unter der Leitung von Obermusikmeister Müller hielt Gewerkschaftssekretär Albrecht eine der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprache. Wenn auch die Hauptforderung, der Achtstundentag, verwirklicht wurde, sei doch die Parole „Gefahr im Verzuge". Es gelte die Anspannung aller Kräfte, um die errungenen Positionen zu halten. Der Klassenkampf sei in schärfster Form entfacht. Es gelte den Kampf um die sozialistische Wirtschaft, den Krieg im Kriege. Trotz aller Hindernisse müsse die Frage der Wiedergutmachung Sache des internationalen Proletariats sein. Einig und gerüstet müssen die Arbeitsgenossen aller Länder zusammenstehen. (Siehe die Reparationsforderungen der Entente.) Großes ist noch zu vollbringen. — Die Kommunisten hielten ihre Feier auf dem Marktplatz.

(SCB.) **Eßlingen**, 29. April. Dieser Tage wurde in den Lehmlagern der Dampfziegelei Emil Brintzinger u. Cie. ein 1½ Meter langer Stoßzahn eines Mammut gefunden und laut „Eßlinger Ztg." von Herbert Werner und Hans Brintzinger in sachkundiger Weise ausgegraben. Bekanntlich lebte das Mammut in unserem Lande in der Nacheiszeit, das nach dem Rückgang der Gletscher ein trockenes Klima, teils arktisch-alpinen, teils Steppencharakter zeigte, wie es jetzt etwa Sibirien aufweist. Der Fund wird demnächst in der Altertumssammlung, wo schon ähnliche aus obiger Ziegelei stammende Knochenfunde aufbewahrt sind, seine Aufstellung finden.

(SCB.) **Tübingen**, 28. April. Der Rektoratswechsel an der Universität wurde am Samstag in öffentlicher Feier vollzogen. Professor Dr. Sartorius wurde durch Professor Dr. Wahl abgelöst.

Mutmaßliches Wetter am Montag und Dienstag.

Trotz des kräftigen Hochdrucks, der von Norden her Süddeutschland beherrscht, bestehen immer noch vereinzelte Störungen, die nur langsam aufgefüllt werden. Am Montag und Dienstag ist zeitweilig bedecktes, zu kurzen Strichregen geneigtes, sonst trockenes und mäßig kühles Wetter zu erwarten.

Das Reichseinkommens- und das Kapitalertragssteuergesetz.

(Fortsetzung.)

Frei von der Einkommensteuer sind nach § 12 des Gesetzes: Einmalige Vermögensanfälle in Form von Erbschaften, Vermächtnissen, Schenkungen, Ausstattungen und Aussteuern, Kapitalempfänge auf Grund von Lebens-, Unfall- und sonstigen Kapitalversicherungen, gewisse Kapitalabfindungen, die auf Grund der Militärversorgungsgesetze bezogenen Verstümmelungs-, Kriegs-, Luftdienst- und Tropenzulagen und Pensions- usw. Erhöhungen, sowie sonstige Kriegsversorgungsgebührnisse auf Grund Dienstbeschädigung, letztere soweit sie zusammen 8000 M nicht übersteigen, Naturalbezüge der Reichswehr, mit Kriegsdekorationen verbundene Ehrensolde, Bezüge aus einer Krankenversicherung, Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Stiftung, die als Unterstützung wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Unterstützungen für Zwecke der Erziehung oder Ausbildung, der Wissenschaft oder Kunst bewilligt sind. In die Steuererklärung sind derartige Bezüge nicht aufzunehmen.

Frei von der Einkommensteuer sind ferner die Einnahmen aus der Sparprämienanleihe und zwar sowohl der bei der Auslosung gezogene Gewinn als auch der gewährte Bonus und Zuschlag. Vom Gesamtbetrag der Einkünfte dürfen in Abzug gebracht werden: die Werbungskosten. Unter solchen versteht man die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Natürlich muß der instandgehaltene Gegenstand seinerseits der Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung steuerbarer Einkünfte dienen; daher sind nicht abzugsfähig Instandhaltungskosten für den Haushalt oder vom Steuerpflichtigen zu tragende Reparaturkosten seiner Mietswohnung. Abzugsfähig sind ferner die Schuldzinsen einschl. der zur Verzinsung des Reichsnotopfers für 1920 aufgewendeten Beträge, die Ertragssteuern, also die Steuern aus Grundeigentum, Gebäuden und Gewerben für Staat und Gemeinde, die Kapitalertragsteuer, die Brandschadensbeiträge, die Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und Landwirtschaftskammer. Nicht abzugsfähig ist die Einkommensteuer, Wohnsteuer, Kirchensteuer. Ferner dürfen abgezogen werden: entsprechende Absetzungen für Abnützung von Gebäuden, von Be- und Entwässerungs- und fischereiwirtschaftlichen Anlagen, Maschinen und sonstigem Betriebsinventar. Allgemeine Abschreibungen wegen Wertverminderung sind nicht mehr zugelassen, sondern nur noch Absetzungen, die bedingt sind durch das Alter und den Gebrauch. Ferner sind abzugsfähig notwendige Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte. Abzugsfähig sind auch die Unterhaltungskosten einschl. Abschreibung für ein im Dienst oder zur Arbeit gebrauchtes Fahrrad, ebenso die notwendigen Mehrausgaben für besondere Arbeitskleidung, bei einem Arzt mit großer Landpraxis die Autounterhaltungskosten, Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, dies natürlich aus dem Grunde, weil durch die Erwerbstätigkeit der Frau erhebliche Mehrkosten im Haushalte entstehen, die da erspart werden, wo die Mutter zu Hause bleiben und den Haushalt versehen kann. Abzugsfähig sind Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltungsangehörigen zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen gezahlt hat, soweit sich der Gegenstand der Versicherung auf die bezeichneten Gefahren beschränkt, Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von insgesamt 100 M; Versicherungsprämien, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltungsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 1000 M jährlich nicht übersteigen; Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen sowie zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, also insbesondere Beiträge an Gewerkschaften und Fachverbände, Beiträge an inländische Vereinigungen, die ausschließlich wissenschaftliche, künstlerische, kirchliche mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, soweit der Gesamtbetrag zehn vom Hundert des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht übersteigt. Verluste aus einzelnen Veräußerungsgeschäften, sofern der Erwerb des veräußerten Gegenstands zum Zwecke der gewinnbringenden Wiederveräußerung (sog. Spekulationsverluste) erfolgt ist und die Veräußerungsgeschäfte nicht zum Gewerbebetriebe des Steuerpflichtigen gehören. Bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens können unter gewissen Voraussetzungen in Abzug gebracht werden die Aufwendungen für Neubeschaffung von Klein-Wohnungen, die in den Jahren 1920—23 baulich beendet worden sind und Beträge, die gemeinnützigen, der Förderung des Kleinwohnungsbaus bezweckenden Vereinigungen zugewendet werden. Die näheren Bestimmungen über die steuerliche Behandlung von Rücklagen in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben bei Ermittlung des Geschäfts- und Betriebsgewinns werden durch den Reichsfinanzminister demnächst bekannt gegeben.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sommerliche Mantelkleider.

Die Sonne brennt schon so heiß herab, daß das Mantelkleid aus blauem Wollstoff uns fast zu warm erscheint. Im Frühling war es neben dem Jackenkleid der beliebteste Anzug für die Straße. Ein Kleid wirkt immer „angezogener" als Bluse und Rock, und daher wird man das sommerliche Mantelkleid viel zu sehen bekommen. Zudem wirkt es in Leinen, Frottee, Seidentrikot oder Tussor stets adrett und hübsch. Man bevorzugt weiter die schlichten Formen. Besonders beliebt ist die Kittelform, die man neuerdings gern durch einen Zugsaum einengt. Das Kleid erhält dadurch mehr blusigen Charakter, hat aber den großen Vorzug, daß man es als Schlüpfkleid über den Kopf ziehen kann. Viel trägt man auch Kleider mit Sweaterleibchen, neuestens vorn seitlich geschlossen. Auch das einfache Kittel- und Blusenkleid ist natürlich zu sehen, meist rund oder viereckig ausgeschnitten gearbeitet, während die anderen Kleider den offen und geschlossen zu tragenden Kragen vorziehen. Dieser ist ja gerade im Sommer auch sehr praktisch, da man ihn an kühleren Tagen schließen kann. Er ist meist farbig belegt oder mit Stickerei geschmückt, harmoniert aber immer mit dem Aermelaufputz. Von einer besonderen für die Mode charakteristischen Aermelform kann man in diesem Jahr nicht sprechen. Man trägt in diesem Sommer alles: ganz kurze Kimonoärmel, eingesetzte lange Aermel mit abstehenden Stulpen, daneben aber auch den halb- und dreiviertellangen Pagodenärmel. Die Auswahl ist groß und dem persönlichen Geschmack weiter Spielraum gelassen. Ebenso ist es mit dem Besatz der Kleider. Hier sieht man Blenden, Stickerei, Borten, vor allem aber Tressen, die besonders in waschbarer Baumwolle auf Leinenkleidern sehr gut aussehen. Die Röcke all dieser Kleider sind etwas weiter geworden, aber wirklich nur ein wenig. Die Weite ist meist wieder durch Faltengruppen, die fest eingebügelt sind, eingehalten und der weite Rock gehört erst der Zukunft an.

Anna P. Wedekind.

K 1117. Kleid mit neuem seitlichen Schluß.
Ullstein-Schnittmuster mit genauer Beschreibung in Größe I, II u. III hierzu erhältlich.

K 1119. Kleid mit Besatz und Stickerei.
Ullstein-Schnittmuster mit genauer Beschreibung in Größe I, II und III hierzu erhältlich.

K 1050. Leinenkleid mit Waschtressenbesatz.
Ullstein-Schnittmuster mit genauer Beschreibung in Größe I und II hierzu erhältlich.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Auf Lebensmittelmarke Nr. 240 kann bis Mittwoch, 4. Mai, **Gries** bestellt werden. Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Freitag, 6. Mai, vorm. von 8—9 Uhr auf dem Rathaus abliefern.

Emilie Herion, Calw.

Blusen
in weiß und farbig von Mk. 36.— an

Wasch- und Dirndlkleider

Kostümröcke
in billiger und mittlerer Preislage von Mk. 37.— an

Herren- u. Damennachthemden

Taghemden
von Mk. 34.— an

Bettjacken, Beinkleider

Unterraillen

ebenso großes Lager in
Korsetten

Reformleibchen u. Büstenhalter

Emilie Herion, Calw.

Universalmühle

mahlt alle möglichen Produkte
„MAG" Maschinenfabrik A-G. Geislingen-Steige, (Württemberg).

Es sind unsre bedeutend **reduzierten** Preise und die trotzdem unstreitig **besten Qualitäten**, welche auch Sie bei der Herstellung eines echt schmeckenden, durststillenden sofort trinkfertigen und billigen

Haustrunkes

mit unsren rühmlichst bekannten Sonder-Erzeugnissen

Schüly's Apfelperle u. Fruchtsirup-Fabrikate

garantiert befriedigen. Zur Streckung von Naturmost u. Beerenwein ebenfalls ganz vorzüglich geeignet. Kein Zucker nötig. Unbegrenzte Haltbarkeit. Versuche wirken überzeugend. Beim Einkauf achte man auf unsre Plakate. Alleinhersteller:

Schüly & Hönninger, Villingen (Baden)
Großfabrikation in Mostextrakt-Essenzen u. Fruchtsirup.
Verkaufstellen werden, wo noch keine vorhanden, vergeben.

Uebersirümpfe (Sportsstutzen)

für Touristen, Radfahrer u. Fussballsport in verschiedenen Qualitäten,

Frauen-Strümpfe, Kinder-Strümpfe, sowie Knabensweater

— empfiehlt zu billigen Preisen —

Carl Dingler, Stricker, **Calw**, Vorstadt.

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.

Musikhaus Sattler, Pforzheim,
Abt.: Pianos u. Stimminstitut, Tel. 1210 u. 1782.

Bekanntmachung
betreffend

Verlängerung des Termins für Abgabe der Steuererklärungen für 1920

Die Frist zur Abgabe der Einkommen- und Kapitalsteuererklärungen für das Rechnungsjahr 1920 ist bis zum **15. Mai ds. Js.** verlängert worden.

Hirsau, den 30. April 1921.

Finanzamt.

Stadtgemeinde Calw.

Es wird darauf hingewiesen, daß die

Alte Stuttgarterstraße

nur von den anliegenden Güterbesitzern befahren werden darf. Für den Durchgangsverkehr besteht

Fahr-Verbot.

Die Schutzmannschaft ist angewiesen, Zuwiderhandelnde zur Anzeige zu bringen.

Den 30. April 1921.

Stadtschultheißenamt Calw.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey" Calw.

Am **Dienstag, den 3. Mai,** abends von ½ 8—9 Uhr, finden im Mädchenschulhaus in der Badstraße

Fortbildungsunterrichte

für die Mitglieder des Vereins statt. Diejenigen, welche den seitherigen Kursus nicht bis zum Schlusse durchgeführt haben, wollen ebenfalls erscheinen. Damen und Herren, die unser System bereits beherrschen, werden gebeten, sich unserem Verein anzuschließen und an den Uebungsabenden teilzunehmen. Anmeldungen werden bei Beginn des Unterrichts entgegengenommen.

Strohhüte

- für Herren und Knaben -

Feld- und Garten-Hüte

empfiehlt bei mäßigen Preisen

W. Schäberle, Hutmacher.

Papier-Holz.

Große und kleine Mengen Fichten- und Tannenpapierholz, weiß geschält oder sauber entrindet 1 u. 2 Mtr. lang, 8 cm Zopfstärke aufwärts stark, **sofort zu kaufen gesucht.** Angebote erbittet

Emil Schwarz, Baugeschäft und Holzhandlung, **Pforzheim,** Hermannstraße 10. — Telef. 2606.

Einen guterhaltenen
Einspänner-

Leiterwagen

auch passend zu einem Kuhwagen verkauft

Großhans, Teinach.
Habe auch ein mittelstarkes

Läufer-Schwein

abzugeben (unt. 2 die Wahl)
Der Obige.

Ernstmühl.

Verkaufe ein schönes, jähriges, erstklassiges

Zucht-

Rind

K. Handte.

Patent-Büro
Stuttgart
Kronenstr. 24 Tel. 7947.

Alzenberg.

Reine

Milch-Schweine

an's Fressen gewöhnt, sowie

eine Saanen-

Ziege

mit 2 Jungen
und eine

Gluckhenne
mit Jungen

verkauft
E. Marie Beutler.

Reichs-Liederbücher

empfiehlt
C. Bub, Salzgasse

Tapeten,

großes Quantum
zu sehr vorteilhaften Preisen
eingetroffen.
Reste besonders billig.
Emil G. Widmaier,
— Bahnhofstraße. —

Feines

Reis- und Gersten-Mehl
zum Kochen und Backen
empfiehlt billigst
Otto Jung.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden ist
Brennessel-Haarwasser
und
Birken-Haarwasser
Zu haben: **K. Otto Vinçon.**

Für den Vertrieb ihrer erstklassigen, eingeführten Fabrikate der chem.-tech. Oel-Branche sucht angesehene, seit 80 Jahren bestehende südd. Firma bei Industrie und Behörden bestens eingeführten, repräsentablen

Vertreter

für Calw u. Umgebung. Bewerbungen unter Beifügung von Referenzen unter S. T. 1255 an **Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.**

Zu kaufen gesucht
zirka 10 cbm trock., astfreies

Forchenholz

24 mm stark, mindestens 2—3 Jahre alt gegen sofort. Casse, auch evtl. in kleineren Quantitäten.

Gust. Kohler, Talmühle
Maschinenfabrik
u. Mühlenbauanstalt.

---

2 Kitzchen

zum Schlachten, verkauft
Paul Burkhardt,
Bäckerei.

Gluckhennen

zu kaufen gesucht.
Brennenstuhl, Ludwigsburger Erholungsheim, Liebenzell.

Sommenhardt.

1 Läufer-Schwein

(unter 2 die Wahl) hat zu verkaufen. **A. Harsch.**

Saal „Bad. Hof"

Dienstag, 3. Mai, abds. 7½ Uhr
Gastspiel d. städt. subv. **Viktoria-Theaters Pforzheim**

Schwarzwaldmädel

Operette in 3 Akten von Leon Jessel
unter Mitwirkung des
Theater-Orchesters.
Preise der Plätze: Mk. 8.—, 6.50, 4.—.
Vorverkauf in der Buchhandlung E. Kirchherr.

VORTRAGSABEND MIT KONZERT

Heute **Montag, 2. Mai,** abends 8 Uhr findet im Saale der **Brauerei Dreiß** ein

VORTRAG

des Herrn Landtagsabgeordneten, Regierungsrat Dr. Beißwänger, Stuttgart
über

DEUTSCHE GEGENWART UND ZUKUNFT

statt. Ferner wird die Sängerin, **Fräulein Elsa Martz aus Balingen** eine Anzahl Lieder vortragen und ein **Streich-Quartett** seine Weisen ertönen lassen.

Jedermann in Stadt und Land ist hiezu freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß der W. Bürgerpartei Ortsgruppe Calw.

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

Zu verkaufen 5 Mtr. gesundes

Brennholz

(Scheiter). Wer sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Einige Hundert alte

Ziegel

hat abzugeben.
Mich. Kugele, Altburg.

Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

▽

Besuchsanzeigen und -Karten
erhalten Sie rasch in der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Geordneter, kräftig., junger Mann als

Hausbursche

gesucht.
Neue Apotheke.

Auf 1. Juni wird fleißiges

Mädchen

für Küche und Zimmerarbeit
gesucht.
Neue Handelsschule.

Ein Paar neue, graue

Damenhalbschuhe

Nr. 38, zu verkaufen.
Näheres
Altburgerstraße 720 I.

Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.

Nr. 101.

Erscheinungsweise: 6 mal
Reklamen Mk. 2.— Auf Sonn

Zwang unter

Den neuesten Nachrichten ist jetzt der Oberste Rat zu der Weigerung Deutschlands men, zu Gewaltmaßnahmen Presse gab sich, wie sie das englische Regierung für Mäß den Druck Frankreichs besti stützen, wir haben dieses durchschaut, um nicht zu wi um das Ansehen Englands wir nun durch unsern letzt aufs weiteste entgegengekom Milliarden 200 geboten, alle dern im Verhältnis zu unse auf einmal auf 270 Milliar daß man gar keine Verständ vor, daß man außerdem nic Kontrolle über unsere Steue schlägen auf unsere Ausfuhr für ungenügend erklärt, daß Verurteilung der deutschen auch fordern, daß wir vor Kriege bekennen, und das a die Kriegsvorbereitungen der sache, daß Rußland selbstve reich und England zuerst m lisationen hatten schon im M und daß England schon im Nordsee konzentriert hatte.

Es scheint uns auch nicht blick, in dem der neue Gew Polen in Oberschlesien ein um gleichzeitig auch im Ost zu können. Die beiden Aktio sammenhang und unterstehe wir im Falle der Ablehnun und welche schweren Folgen wir im Augenblick nur ahn in London hervorzugehen, de beabsichtigt, um uns nicht schaftlich und moralisch vol glauben, daß es sich hier nu Entente tatsächlich zu neuen zu derartigen Maßnahmen Vorbereitungen zu noch grö wir erst später erkennen wer

Havas über den Ch des

Paris, 2. Mai. In ein Die Sitzung des Redaktion zon, Graf Sforza und Ja mittags beendet. Es kam e stande, der dem Obersten Annahme wohl nicht zweifel reich, unverzüglich die milit die vorgesehene Besetzung n berufung der Jahresklasse 19 zeit wird die Reparationsko über die Zahlungsweise u Begleichung seiner Schuld e Ablauf dieser Frist seine B Besetzung des Ruhrgebiets lungsbedingungen betrifft, Höhe von 5 Prozent seiner Zinsfuß von 2½ Proz. vo einschließlich der Tilgung wird drei Gattungen von Milliarden Goldmark, die zweite Rate von 38 Milliar gegeben wird, dann eine d die je nach Aufnahmefähigk der Zahlungsfähigkeit Deu Rat begann um 1 Uhr nac beendet. Der Entwurf de großen Zügen gut geheißen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw